



Rudolf Ramsauer,
Direktor

Die Zwischenbilanz der laufenden Legislatur (2003 bis 2007), die eine Legislatur des Aufbruchs sein sollte, ist mehr als ernüchternd. Einer der wenigen Erfolge – aber ein grosser – war der Abschluss der Verhandlungen mit der Europäischen Union über neue bilaterale Abkommen. Wir

Wir müssen den bilateralen Weg auch weiter beschreiten können.

sind auf geordnete vertragliche Verhältnisse mit der EU existenziell angewiesen. Jeder dritte Arbeitsplatz in der Schweiz hängt vom wirtschaftlichen Austausch mit den EU-Ländern ab. Das Nein zum EWR vor 13 Jahren hat uns auf den bilateralen Weg verwiesen. Dieser hat sich bewährt. Die Ausdehnung der bestehenden Verträge auf die neuen Mitglieder der EU (u.a. freier Personenverkehr, über den wir am 25. September abstimmen) ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die neuen Abkommen (u.a. Schengen/Dublin, worüber wir am 5. Juni abstimmen) fördern die gegenseitige Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Asylwesen und bringen konkrete Vorteile für den Tourismus, den Finanzplatz und die Nahrungsmittelindustrie. Wir müssen den bilateralen Weg auch weiterhin beschreiten können und neu auftretende Fragen mit der EU pragmatisch lösen.

@ rudolf.ramsauer@economie.suisse.ch

Forderung nach aktiver **Wachstums- und Aussenwirtschaftspolitik**

Anlässlich der Jahresmedienkonferenz verlangte economie suisse ein breit abgestütztes Wirtschaftswachstum und die rasche Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO.

Die Schweiz brauche ein breit abgestütztes Wirtschaftswachstum, betonte Ueli Forster an der Jahresmedienkonferenz vom 25. April 2005. Die wachstumspolitische Konzeption des Bundesrats, die an der Entstehungsseite des Bruttoinlandprodukts ansetze, sei daher richtig. Angebots- und Nachfragepolitik müssten aber aufeinander abgestimmt sein. Zentral bleibe weiterhin die Konsolidierung des Bundeshaushalts. Der gegenwärtige Vorwurf des «Kaputtsparens» sei absurd, wenn bereits der Verzicht auf eine geplante Zusatzausgabe als Sparen interpretiert werde. Im Sinne einer Zwischenbilanz äusserte sich Ueli Forster zum bundesrätlichen Wachstumspaket: Es gebe zwar Lichtblicke beim Binnenmarktgesetz und beim Entlastungsprogramm 04, andererseits zeigten sich wachstumspolitische Inkonsistenzen bei der Unternehmensbesteuerung, beim Bildungssystem, in der Agrarpolitik, bei der Strommarktöffnung, im Gesundheitssektor sowie bei der administrativen Belastung der Unternehmen. economie suisse



Die Vertreter von economie suisse an der Jahresmedienkonferenz: Patrick Odier, Vizepräsident, Ueli Forster, Präsident, Rudolf Ramsauer, Direktor, Fredy Müller, Öffentlichkeitsarbeit (v.l.n.r.).

fordert den Bundesrat und das Parlament daher auf, die wachstums- und reformpolitischen Massnahmen endlich konsequent durchzuführen.

Neue Aussenwirtschaftsstrategie
Schweizer Unternehmen beschäftigten über 1,8 Millionen Mitarbeitende im Ausland und jeder zweite Franken werde im Ausland verdient, stellte Patrick Odier in seinem Votum fest. Die Schweiz sei damit eines der am meisten in die Weltwirtschaft integrierten Länder. Die neue Aussenwirtschaftsstrategie der Regierung lege daher den Schwerpunkt richtigerweise auf den Marktzugang im Ausland und das internationale Regelwerk. Von entscheidender Bedeutung sei die WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong. Unsere Verhandlungsdelegation müsse daher

entschlossen für eine umfassende und rasche Liberalisierung der Welthandelsordnung eintreten. Parallel dazu fordere economie suisse die Pflege und den Ausbau bilateraler Wirtschaftsabkommen mit den wichtigsten Handelspartnern, um Diskriminierungen der Schweizer Wirtschaft zu vermeiden.

Konservative Blockade
Abschliessend wandte sich Rudolf Ramsauer gegen die Blockadepolitik links- und strukturkonservativer Kräfte. Damit würden Reformschritte torpediert und notwendige Fortschritte verhindert. Das zeige sich bei Schengen/Dublin, bei der Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens, den Sonntagsöffnungszeiten, der gentechnikfreien Landwirtschaft, den Nationalbankgewinnen für die AHV oder den Kinderzulagen.

Schwerpunktthema

Das Cassis de Dijon-Prinzip hilft Handelsbarrieren abzubauen. Probleme bereiten die Ausnahmen und der Vollzug.

Seite 2 ▶

Lückenhaft

Das Anwaltsgeheimnis schützt vertrauliche Informationen. Patentanwälten und Unternehmensjuristen wird es nicht gewährt.

Seite 4 ▶

Korruption

Schweizer Firmen kommen gegen die Bestechung im Alleingang nicht an. Nun ist ein umfassendes Schutzdispositiv gewährt.

Seite 5 ▶

KMU-Porträt

Lance Armstrong bestreitet die Tour de France auf Laufrädern von DT Swiss: Die Bieler Firma hat die Konkurrenz längst abgehängt.

Seite 7 ▶

Die Handelsbarrieren beseitigen!

Die Anerkennung von unterschiedlichen aber gleichwertigen Regelungen (Cassis de Dijon-Prinzip) unterstützt die Marktöffnung in der Schweiz. Die preissenkenden Wirkungen einer unilateralen Einführung werden aber über- und die Komplexität unterschätzt.

Nach einem Entscheid von 1979 des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) kann jedes Produkt in einem EU-Mitgliedstaat angeboten werden, wenn es den Bestimmungen des EU-Exportlands entspricht. Bestehen harmonisierte Regeln, gehen diese vor; Abweichungen aus überwiegenden Schutzinteressen bleiben vorbehalten. Mit einer einseitigen Einführung des Cassis de Dijon-Prinzips soll die «Hochpreisinsel Schweiz» bekämpft werden. Die Frage ist, ob dies so gelingen kann, welche Konsequenzen dies hat und wie vorzugehen ist. Der Bundesrat arbeitet einen Bericht zu entsprechenden parlamentarischen Vorstössen aus.

Schweiz voll integriert

In der Schweiz ist das Problem technischer Handelsbarrieren erkannt. Im Freihandelsabkommen mit der EU ist der gleiche Wortlaut, der dem EuGH als Grundlage für seinen Entscheid diente, enthalten. Das Bundesgesetz über die Technischen Handelshemmnisse und das Konsumenteninformationsgesetz enthalten den Grundsatz der Anerkennung gleichwertiger ausländischer Vorschriften und die bilateralen Abkommen sichern die gegenseitige Anerkennung für wichtige Produktgruppen. Auch im Normenbereich ist die Schweiz voll integriert. Dennoch bestehen noch zahlreiche Hindernisse für Importe in die Schweiz, wie eine erste Abklärung der Weko zeigte. Jüngste Vorschläge für eine besondere Kennzeichnung kalorienreicher Lebensmittel oder eine spezielle Kennzeichnung der Strahlung von Handys zeigen das mangelnde Bewusstsein von Behörden und Interessen-

gruppen. Unsicherheiten beim Vollzug sind weitere Hindernisse. Bei verschiedenen der angeführten Beispiele (z.B. Verbot von Zahnpasta mit Hinweis auf zahnmedizinische Wirkung) ist nicht geklärt, ob der Import rechtlich korrekt untersagt wird oder ob die Vorschriften überinterpretiert werden.

Gegenseitige Einführung unterstützt

Im Rahmen des EWR wäre das Cassis de Dijon-Prinzip analog der EU auch in der Schweiz angewandt worden, was von der Wirtschaft unterstützt wurde. Grundsätzlich liegt die Beseitigung von Barrieren im gesamtwirtschaftlichen Interesse. Die



EU hat später nicht über ein separates Abkommen mit gleichem Inhalt verhandeln wollen. Offen ist, ob dieser Widerstand immer noch gilt. In der Politik wird nun eine einseitige Einführung vorgeschlagen. Diese Forderung wirft Fragen auf, die genau zu klären sind:

- Wie werden inländische Produzenten behandelt, wenn sie auch anstelle von Schweizer Vorschriften solche aus Europa anwenden wollen (keine Inländerdiskriminierung)?
- Soll die Anerkennung nur gegenüber der EU oder wegen der WTO auch gegenüber anderen Ländern gelten?
- Verliert die Schweiz gegenüber der EU ein handelspolitisches Pfand?
- Wie wird die Regel durchgesetzt und wer bestimmt über Ausnahmen?

Die Erfahrung in der EU zeigt, dass Konsumentenschutz oder Sicherheit immer wieder als Rechtfertigung für Abweichungen herbeigezogen werden. Der jüngste Widerstand grosser Länder gegen die Einführung gegenseitiger Anerkennung bei Dienstleistungen zeigt, wie verwurzelt die Skepsis gegen ausländische Zulassungsregeln ist.

Bestehende Möglichkeiten nicht genutzt

Nach geltendem Kartellgesetz kann der Bundesrat die Weko mit einer Untersuchung beauftragen, wenn der internationale Wettbewerb trotz Freihandelsabkommen belastet ist. Die Weko hat geeignete Massnahmen zur Beseitigung der Hindernisse vorzuschlagen. Diese Möglichkeit wurde erstaunlicherweise noch nie ausgeschöpft, obschon sie schon seit Jahren besteht. Auch im Rahmen des Gemischten Ausschusses zum Freihandelsabkommen mit der EU wurden unterschiedliche Zulassungen bislang kaum aufgegriffen.

Bei einer einseitigen Anerkennung wird die Regelungskompetenz ans Ausland delegiert. Der Anreiz zum Abschluss oder zur Anpassung von Abkommen im harmonisierten Bereich würde für die EU sinken, da ihre Produkte automatisch verkehrsfähig wären. Unternehmen in der Schweiz würden benachteiligt. Einseitigkeit könnte dann gerechtfertigt sein, wenn die erhoffte Senkung der Preise als volkswirtschaftlich überwiegend vorteilhaft angesehen wird. Angesichts der bereits bestehenden Angleichungen ist diese Wirkung allerdings beschränkter als erhofft.

Das Cassis de Dijon-Prinzip beseitigt Handelsbarrieren, sollte aber möglichst gegenseitig eingeführt werden. Eine einseitige Einführung würde die Preise weniger als erwartet senken. Hingegen sind die heutigen Mechanismen gegen Handelsbarrieren konstruktiver zu nutzen.

@ thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Neuer Lohnausweis: nur nach Evaluation

economiesuisse begrüsst den Entscheid der Konferenz der kantonalen Steuerverwaltungen (SSK), die obligatorische Einführung des neuen Lohnausweises um ein Jahr zu verschieben.

Bereits im Rahmen der Vorarbeiten der gemischten Begleitgruppe zum Lohnausweis aus Experten der Steuerbehörden und der Wirtschaft wurde einvernehmlich erkannt, dass eine Verschiebung unabdingbar sei, um die Verfügbarkeit der IT für das Pilotprojekt sowie angemessene Fristen für eine saubere und repräsentative Evaluation vor der generellen Einführung sicherzustellen, wie dies auch im Sinne des Spitzentreffens unter Vermittlung von Bundesrat Merz beschlossen wurde. In einer gemeinsamen Eingabe hatten deshalb die Spitzenverbände der Wirtschaft die SSK um eine Verschiebung ersucht. Dies wurde auch von der nationalrätlichen WAK-Subkommission einstimmig gefordert.

Erfolgreiche Evaluation als Voraussetzung

Entscheidend für die Wirtschaft ist nun der im Rahmen der Evaluation zu erbringende Tatbeweis, dass sich der neue Lohnausweis wirtschaftsverträglich – wie von den Behörden versprochen – umsetzen lässt. Eine Begleitgruppe aus Experten der Wirtschaft und der Kantone wird die Umsetzung in der Pilotphase von Beginn weg verfolgen und Erfahrungen einer Testgruppe von Unternehmen evaluieren. Das betrifft auch die EDV-, Beratungs-, Einführungs- und Erfassungskosten aller Art. Sollten grössere Probleme auftauchen, sind diese bis zur obligatorischen Einführung zu lösen. Gleichzeitig muss aber auch der nach wie vor nicht ganz eliminierte Verdacht, dass mit dem neuen Lohnausweis eine faktische (nicht rechtliche) Erweiterung des Steuersubstrats einhergeht, endgültig entkräftet werden.

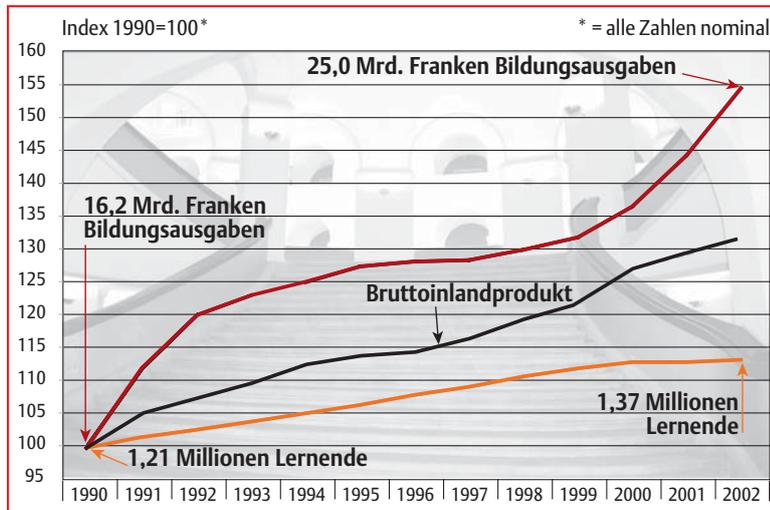
@ pascal.genthetta@economiesuisse.ch

Bildungsausgaben: Nach der Priorisierung Effizienzsteigerung

Die öffentlichen Ausgaben der Schweiz für die Bildung haben in den letzten Jahren bezogen auf Wirtschaftswachstum und Zahl der Lernenden stark zugenommen. Gemessen an den Gesamtausgaben blieb das Gewicht der Bildung stabil.

Mit durchschnittlich 3,7 Prozent pro Jahr sind die öffentlichen Bildungsausgaben der Schweiz zwischen 1990 bis 2002 von 16 Mrd. auf 25 Mrd. Franken stark gestiegen. Die Wirtschaft verzeichnete in dieser Zeit nur ein Wachstum von durchschnittlich 2,3 Prozent. Da Bildung finanziell zu fast 90 Prozent von Kantonen und Gemeinden getragen wird, fielen bei ihnen auch die Ausgabenzuwächse volumemässig am stärksten an, was in der politischen Diskussion auf Bundesebene oft vergessen geht. Mit 4,4 Prozent pro Jahr war der Ausgabenanstieg beim Bund prozentual am höchsten. Dies zeigt eine Studie zu den öffentlichen Bildungsausgaben des Bundesamts für Statistik.

Priorität Hochschulsektor
Im Vergleich nahm der Bestand der Lernenden im selben Zeitraum lediglich um 1,1 Prozent



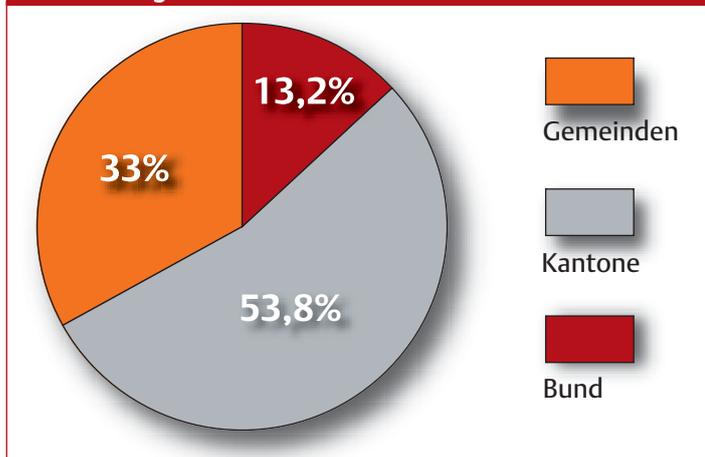
jährlich zu. Vor allem zu Beginn der neunziger Jahre und wieder ab 2000 war das Wachstum der Ausgaben bezogen auf diesen Faktor stark expansiv. Vor allem im Volksschulbereich (Vor- und Primarschule, Sekundarstufe I) und auf Tertiärstufe wurden in letzter Zeit erhebliche zusätzliche Mittel aufgewendet. Während im Volksschulbereich die Ausgaben um 50 Prozent stiegen (1990 bis 2002), nahm der SchülerInnenbestand um lediglich 15 Prozent zu. Auf Tertiärstufe betrug der Ausgabensprung 83 Prozent bei einem Anstieg der Studierendenzahl um 27 Prozent.

Anteil an Gesamtausgaben stabil
Die Zahlen verdeutlichen die erheblichen Mittel, die die öf-

fentliche Hand zu Recht in die Bildung investiert. Dass die Bildungsausgaben dennoch nur knapp mit der Gesamtentwicklung der Ausgaben Schritt halten konnten, ist auf den explosionsartigen Anstieg der Sozialausgaben in den letzten Jahren zurückzuführen (Anteil Gesamtausgaben 2002: 35 Prozent). Der Anteil der Bildung an den Gesamtausgaben blieb demgegenüber stabil (2002 15,4 Prozent). Nach wie vor liegt die Bildung damit auf Platz 2 der öffentlichen Aufgaben, vor der drittplatzierten Gesundheit (18 Mrd. Franken) und dem Verkehr (15 Mrd. Franken).

Priorität und Effizienz
economiesuisse unterstützt bei der Zuteilung der beschränkten öffentlichen Mittel eine klare Priorisierung des Bildungsbereichs, fordert aber, dass nun die Bildungsmittel vor allem effizienter und zielführender eingesetzt werden. Insbesondere auf Tertiärstufe werden erhebliche Optimierungspotenziale ausgemacht (Portfoliobereinigungen, Wettbewerb). Nur ein leistungsfähiges Bildungssystem erlaubt eine erfolgreiche Einbindung in das globale Wissenschaftssystem.

9/10 des Bildungsfrenkens kommen von Kantonen und Gemeinden



Quellen: Bildungsstatistik Schweiz, Öffentliche Bildungsausgaben 2002, Bundesamt für Statistik; SNB, Statistisches Monatsheft

Wirtschaftsmission nach Kasachstan

Kasachstan kommt in Zentralasien eine wichtige strategische Rolle zu und das Land entwickelte in den letzten Jahren eine beachtliche wirtschaftliche Dynamik. Ab Sonntag, 26. Juni 2005, findet unter der Leitung von Botschafter Jörg Al. Reding eine fünftägige Wirtschaftsmission nach Kasachstan statt. Im Mittelpunkt der Mission stehen das Matchmaking und die konkrete Partnersuche für Schweizer Unternehmen. Im Programm sind zudem Treffen mit Behörden vorgesehen. Weitere Informationen erhalten Sie bei:

@ cornelia.lutz@economiesuisse.ch

India Symposium 2005

Indien gewinnt zunehmend an wirtschaftlicher Bedeutung. Deshalb richtet sich der Blick der Schweizer Wirtschaft immer mehr auf den indischen Subkontinent. Am 27./28. Mai wird der indische Staatspräsident Abdul Kalam der Schweiz einen offiziellen Besuch ab-



statten, und am 10. Juni ist vorgesehen, dass der indische Finanzminister Chidambaram mit Vertretern der Schweizer Wirtschaft in Zürich zusammenkommt. Gleich anschliessend findet am 11./12. Juni ein vom Asia Research Center der HSG St. Gallen organisiertes India Symposium im Unternehmerforum Lilienberg statt. Das Symposium will vor allem auch Schweizer KMU Informationen über die indische Wirtschaft vermitteln. Aktualisierte Informationen über das Symposium finden sich auf der Homepage des Asia Research Centers der HSG: www.arc.unisg.ch

@ urs.rellstab@economiesuisse.ch

Effiziente Energieeinsparung dank Türschliessern

Das Shoppi & Tivoli Spreitenbach ist Teilnehmer bei der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) und setzt sich somit aktiv mit der CO₂-Problematik auseinander.

Das gesamte Shopping-Center verfügt an sechs Eingängen über so genannte Karusselltüren mit je einer zusätzlichen seitlichen Servicetüre. Diese Seitentüren wurden in der Vergangenheit auch oft durch eilige Kunden oder das Personal der angrenzenden Läden benutzt. Im Durchschnitt standen die Türen somit zirka vier Stunden täglich offen, ein grosser Energieverlust war die Folge.

Türschliesser als Lösung

Im Zuge einer technischen Gesamtrenovation wurden nun elektronische Schliessautomaten installiert, die die entsprechenden Türen mittels Notstabschalter für zwei Minuten entriegeln. Alle gesetzlichen Auflagen wurden dabei erfüllt und der Personenfluss kann jetzt bewusst ausschliesslich

durch die Drehtüren geleitet werden. Zudem ist durch diese Massnahme gewährleistet, dass die Türen am Abend automatisch mechanisch verriegeln.

Dank den neuen Schliessautomaten konnte der Wärmeverlust massiv gesenkt werden. Die Gesamtinvestition beläuft sich auf 18000 Franken. Das zuständige Expertenteam hat eine Einsparung von 26 MWh Erdgas und 5,3 Tonnen CO₂ im Jahr errechnet.

Wohlwollen der Besucher

Durch die Anbringung von akustischen Alarmsignalen besteht nun eine Hemmschwelle, die Servicetüren zu öffnen. Die Neuerung wurde jedoch von den angrenzenden Geschäften akzeptiert und die Installation bewährte sich von Beginn an. Auch von Seiten der Besucher wurden keine negativen Reaktionen geäussert, Rollstuhlgänge gewöhnten sich



Shoppi & Tivoli Spreitenbach

ebenfalls rasch an die neue Situation.

Die Shoppi Tivoli Management AG bekennt sich zum Klimaschutz und interessiert sich auch aus diesem Grund für die Tätigkeiten der EnAW. Für den Betriebsleiter Werner Frei ist klar, dass Massnahmen im Immobilienbereich nur längerfristig umgesetzt werden können. Nächste wichtige Schritte sind voraussichtlich ab 2007 geplant.

Letzte Meile: offene Entbündelung

Die zuständige Kommission des Ständerats will bei der Entbündelung der letzten Meile weiter gehen als der Nationalrat. Aus Sicht der Wirtschaft ist eine rasche Klärung ohne «überschiessende» Eingriffe erwünscht.

Der Nationalrat hat sich im Herbst 2004 für eine dosierte Öffnung der letzten Meile ausgesprochen. Diese ist für die Gestaltung der Angebote der konkurrierenden Anbieter wichtig. Während das Kupferkabel voll entbündelt werden soll, wird der Bitstrom-Zugang während zweier Jahre gewährt.

economiesuisse hat die Liberalisierung unterstützt und misst diese an fünf Kriterien:

- Schaffung von Rechtssicherheit.

- Förderung des Wettbewerbs primär durch das Wettbewerbsrecht.
- Begrenzung sektorieller Eingriffe mit Hinsicht auf das Notwendige.
- Keine Behördenkompetenzen auf Vorrat.
- Förderung von Investitionen in Infrastruktur und Innovation.

«Überschiessende» Eingriffe unerwünscht

Der Beschluss des Nationalrats trägt diesen Anforderungen Rechnung. Die Kommission des Ständerats will nun in einem ersten Entscheid alle Nutzungsarten entbündeln und das Wegfallen des Zugangs für Anbieter prüfen, welche nicht innert fünf Jahren eigene Investitionen in die Infrastruk-

tur tätigen. Der Bundesrat soll ohne Parlament weitere Entbündelungsformen hinzufügen oder bestehende streichen können. Dies kommt einer «ex ante»-Regelung nahe, die economiesuisse als «überschiessende» Eingriff stets abgelehnt hatte.

Ein zu grosses Abweichen von den Beschlüssen des Nationalrats birgt die Gefahr eines parlamentarischen Ping-Pongs. Damit würde die als Zeichen einer Liberalisierung notwendige Entbündelung im Telekommunikationsmarkt unerwünscht verzögert. Die Regelung könnte wegen der technischen Entwicklungen beim Inkrafttreten bereits überholt sein.

@ thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Anwaltsgeheimnis ist lückenhaft

Der Schutz des Anwaltsgeheimnisses wird nicht allen Anwälten gewährt. Bei der Beschlagnahme von Dokumenten kommt er zudem nur beschränkt zum Tragen.

Rechtsanwälte sind zum Schutz von Geheimnissen verpflichtet, welche ihnen anvertraut worden sind oder die sie bei der Berufsausübung wahrgenommen haben. Dementsprechend haben sie das Recht, gegenüber Untersuchungsbehörden Zeugnis und Aktenherausgabe zu verweigern. Für Unternehmensjuristen – selbst wenn sie ein Anwaltspatent besitzen – gilt das allerdings nicht. So hat es auch die Wettbewerbskommission in einem Merkblatt jüngst festgehalten. Ebenfalls keinem Berufsgeheimnis unterliegen Schweizer Patentanwälte. Das kann dazu führen, dass von diesen verfasste Gutachten der Gegenpartei zugänglich gemacht werden müssen, während sich ausländische Konkurrenzunternehmen bzw. deren Patentanwälte auf das «Client-Attorney-Privileg» berufen können.

Beschlagnahme von Dokumenten

Das Anwaltsgeheimnis schützt u.a. vor der Beschlagnahme von Dokumenten in Unternehmen. Laut Bundesgericht umfasst dieser Schutz aber nur Verteidigerkorrespondenz, welche das aktuelle Verfahren zum Inhalt hat. Andere von Anwälten erstellte und in einem Unternehmen vorgefundene Dokumente unterliegen der Beschlagnahme.

Handlungsbedarf

Im Verkehr mit Anwälten sind Unternehmen darauf angewiesen, dass vertrauliche Informationen geheim bleiben. Die laufenden Revisionen des Anwalts- und des Patentgesetzes sollten deshalb dazu genutzt werden, bestehende Schutzlücken zu schliessen. Indem der Bundesrat die Berufsregelung für Patentanwälte kürzlich aus der Vorlage kippte, wurde eine gute Chance dazu verpasst.

@ urs.furrer@economiesuisse.ch

Fragwürdige Subventionspolitik

Die von der nationalrätlichen Energiekommission im Stromversorgungsgesetz beschlossene Subventionspolitik zugunsten der erneuerbaren Energien verursacht hohe Mehrkosten.

Die Senkung der inländischen Strompreise auf europäisches Niveau ist prioritär. Dazu braucht es eine Öffnung des Schweizer Strommarktes. Notwendig wäre auch die rechtliche und institutionelle Einbettung der Stromdreh-scheibe Schweiz in den europäischen Energiebinnenmarkt. Statt der Wirtschaft mit der Öffnung des Strommarktes die nötigen Wachstumsimpulse zu verleihen, will die UREK «vorwärts machen bei der Förderung der erneuerbaren Energien». Pro Jahr

sollen 165 Mio. Franken in die Nutzung der einheimischen Biomasse, die Wind-, Solarenergie und Erdwärme investiert werden. Während Minikraftwerke 20 Jahre von einem fixen Einspeisepreis profitieren, zahlen die Stromkonsumenten über die Jahre mehr als drei Mrd. Franken für Strom, der höchstens mehrere zehntausend Haushalte versorgen kann. Für Sanierung und Ausbau der bestehenden Wasserkraftwerke soll zudem ein «Ausschreibemodell» eingeführt werden, mit dem die anfallenden Mehrkosten ebenfalls auf die inländischen Konsumenten abgewälzt werden können. Ginge es nach der Kommission, sollen mehrere hundert Millionen Franken Subventionen pro Jahr mit der Stromrechnung bei den Verbrauchern abgezwickelt wer-

den, zwei Drittel davon bei der Wirtschaft. Eine bürokratische Planwirtschaft müsste eingeführt werden, die vorschreibt, wieviel Geld für Strom aus Gülle und Mist, aus guten und schlechten Windstandorten und dergleichen ausbezahlt wird. Schliesslich ist derzeit nicht einmal geklärt, ob die 165 Mio. Franken überhaupt vernünftig eingesetzt werden können. Die Vorteile der Marktöffnung dürfen nicht durch neue Vorschriften und Mehrkosten zunichte gemacht werden. Mit der Beratung des Stromversorgungsgesetzes im Nationalrat in der bevorstehenden Sommersession besteht die Gelegenheit, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen.

@ urs.naef@economiesuisse.ch

Wirtschaft aktiv gegen die Korruption

Aus Sicht der Wirtschaft ist Korruption in allen Fällen und ungeachtet allfälliger Usancen und unterschiedlicher Kulturen problematisch und nachhaltig zu bekämpfen.

economiesuisse engagiert sich durch aktives Mitwirken für eine koordinierte Bekämpfung der Korruption. Die Konvention der OECD zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Korruption ist in Kraft und in der Schweiz mit dem verschärften Strafrecht

umgesetzt. Die jüngste Überprüfung durch die OECD stellt der Schweiz ein gutes Zeugnis aus. Den multinationalen Unternehmen wird attestiert, dass sie intern ein aktives Dispositiv gegen die Korruption aufgestellt haben. Hingegen wird bei den KMU noch eine mangelnde Sensibilisierung festgestellt. Diese Aussage stützt sich auf eine Umfrage, welche Transparency International Schweiz mit economiesuisse durchgeführt hat. Dennoch können die Ergebnisse nicht als

repräsentativ bezeichnet werden. Allerdings lässt sich feststellen, dass Unternehmen aller Grössen und Branchen mit der Problematik konfrontiert sind.

Unterstützung nötig

Unternehmen können sich aber nicht alleine gegen korrupte Praktiken in ihren Geschäftsfeldern stellen. In zahlreichen Fällen ist die mehr oder minder explizite Forderung von Bestechungsgeldern seitens des späteren Empfängers die Wurzel der Bestechung. Notwendig ist es, Mechanismen aufzubauen, um der Forderung von Bestechungsgeldern einen Riegel zu schieben. Mit der Einführung der Strafbarkeit der Bestechung ausländischer Beamter sind die Unternehmen besonders auf ein Schutzdispositiv angewiesen. Dazu gehören:

■ Klarheit über die Zulässigkeit einzelner Handlungen (*Ist die Finanzierung einer Reise in die Schweiz von Entscheidungsträgern zur Beurteilung eines Projekts zulässig?*).

■ Unterstützung des Staates gegen erpressungsähnliche Forderungen (*Was tun, wenn Bewilligungen immer wieder verschleppt werden?*).

@ thomas.pletscher@economiesuisse.ch

ICC-Schiedsrichterkollegium in Zürich

«Schiedsgerichtsbarkeit und Strafrecht» war Thema eines von ICC Switzerland zusammen mit der Schweizerischen Vereinigung für Schiedsgerichtsbarkeit und dem Institut du droit des affaires internationales der ICC organisierten Seminars.

Das Seminar sollte eine Antwort auf die folgende Frage geben: Wie muss bzw. kann der Schiedsrichter vorgehen, wenn er feststellt oder mutmasst, dass die Streitigkeit mit einer verbrecherischen Tätigkeit einer Partei verbunden ist? Da der Schiedsrichter nicht von einer öffentlichen Behörde abhängt, unterliegt er auch keiner Anzeigepflicht. Schliesslich wurde jedoch darüber diskutiert, welche Position eingenommen werden soll: mit oder ohne Angabe von Gründen zurücktreten oder ein Urteil erlassen, in dem der Antrag wegen Unrechtmässigkeit bzw. Unvereinbarkeit mit der öffentlichen Ordnung abgelehnt wird?

Neue Komplexität

Die Seminarteilnehmer stellten fest, dass das Thema mit den Bestimmungen über die Geldwäscherei (der Schiedsrichter ist zwar kein Finanzintermediär, aber er kann diese Rolle spielen, wenn er von den Parteien eine Geldhinterlegung entgegennimmt) und über die Korruption, die verabschiedet und in das nationale Recht umgesetzt worden sind, neue Aktualität und Komplexität gewonnen hat.

ICC Switzerland empfing gleichentags den Rat des Institut du droit des affaires internationales. Das Institut ist ein Gremium der ICC. Es arbeitet als «Think tank» im Ausbildungsprogramm über das internationale Schiedsgerichtswesen und über die Aus-handlung internationaler Verträge eng mit den Kommissionen der ICC, den nationalen Ausschüssen und dem Internationalen Schiedsgerichtshof zusammen. Das Institut organisiert Konferenzen und Seminare zu aktuellen Themen des internationalen Wirtschaftsrechts.

@ info@icc-switzerland.ch

Die Wirtschaft kämpft gegen Korruption und unterstützt OECD

■ Zahlreiche Unternehmen haben ihre Weisungen angepasst und spezielle Schulungen durchgeführt. Teilweise sind die internen Richtlinien auch über Internet einsehbar.

■ economiesuisse hat frühzeitig entsprechende Leitlinien verabschiedet. Sie stellt den Vorsitz der Wirtschaft für die OECD-Arbeiten und orientiert regelmässig über die Entwicklungen.

■ Das «Business and Industrial Advisory Committee» (BIAC) ist die Vertretung der

Wirtschaft bei der OECD. Mit seinen Experten aus aller Welt beteiligt es sich aktiv an der Weiterentwicklung der OECD-Arbeiten und an zahlreichen Informationsanlässen. Besonderes Augenmerk widmet BIAC dem schwierigen Schutz der Unternehmen vor erpresserischen Forderungen nach Bestechungsgeldern.

■ Die Internationale Handelskammer in Paris (ICC) hat Empfehlungen zur Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr publiziert.

Eine zögernde EU-Politik über erneuerbare Energie

Förderung von erneuerbarer Energie: Damit will die EU den CO₂-Ausstoss senken. Die europäische Wirtschaft fordert ihrerseits effizientere Massnahmen und weniger Kosten.

Gemäss den politischen Zielen der Europäischen Union soll der Anteil an «alternativer» Energie bis ins Jahr 2010 auf 21 Prozent verdoppelt werden. Dabei wird neben der Bedeutung für die CO₂-Reduktion auch die Unabhängigkeit von einem Stromimport in die EU betont. Gemäss Eurelectric kostet diese Politik ungefähr 18 Milliarden

Schweizer Franken allein für die EU-15.

Richtlinie sieht nationalen Fahrplan vor
Gemäss der EU-Richtlinie über erneuerbare Energie soll diesen Herbst eine Studie erscheinen, die für jeden Mitgliedstaat eine individuelle Standortbestimmung zur Förderung erneuerbarer Energie beinhaltet. Unkoordinierte nationale Förderpolitiken begünstigen jedoch keine optimale Allokation der Investitionen. Zur Diskussion über das weitere Vorgehen stehen auf der Wirtschaftsseite entscheidenden

Punkte: Erstens sollen die politischen Ziele im Bereich erneuerbarer Energie mit denjenigen der Klimapolitik und des Kyoto-Protokolls besser verbunden werden. Weiter soll die Förderung erneuerbarer Energie dort geschehen, wo sie auf europäischer Ebene am kosteneffektivsten ist. Und drittens sei darauf zu achten, dass Unterstützungsmassnahmen für erneuerbare Energie langfristig und auf eine Harmonisierung innerhalb der EU hin angelegt sind, um von den Vorzügen der Liberalisierung der Energiemärkte profitieren zu können.

UNICE Die Stimme der Wirtschaft in Europa

Für economiesuisse ist die Interessensvertretung der Schweizer Wirtschaft in den Entscheidungs- und Beratungsgremien der UNICE von grosser Bedeutung. Seit neuestem besetzt Gregor Kündig zudem den Vize-Vorsitz des «International Affairs Committee».

Die Union der Europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbände UNICE wurde 1958 als Vertretung der Europäischen Wirtschaft gegenüber der Europäischen Gemeinschaft gegründet. In ihr sind mittlerweile 38 Verbände aus 32 Staaten organisiert, zusammen repräsentiert sie über 20 Mil-

lionen kleine, mittlere und grosse Unternehmen. Sie setzt sich auf europäischer Ebene für bessere Rahmenbedingungen der Wirtschaft ein. Ihrem Gewicht zufolge wird die UNICE bereits in einem Frühstadium des EU-Gesetzgebungsverfahrens konsultiert.

Expertenwissen als Grundlage für die Politik der UNICE

Die Positionen in den einzelnen Sachgebieten werden in 68 thematischen Arbeitsgruppen erarbeitet, welche in fünf Komitees organisiert sind. Die resultierenden «Consensus Papers» gelten als europaweit gültige Positionen der Wirtschaft zu einem betreffenden Sachthema.



UNICE-Sitz in Brüssel.

Als Vollmitglieder haben economiesuisse und der Arbeitgeberverband Anrecht auf Vertretung in sämtlichen Gremien und Zugang zu sämtlichen Informationen der UNICE. Dazu gehört der Einsitz in die Entscheidungsgremien auf höchster Ebene (Präsidenten- und Exekutivkomitee). Es zeigt sich immer wieder, dass die Schweiz trotz ihrer Nichtmitgliedschaft bei der EU ihren Einfluss in der UNICE geltend machen kann. Dessen Ausmass hängt im Wesentlichen von der Bereitschaft eines aktiven Engagements und der Qualität der Eingaben der Schweizer Vertreter ab. Umgekehrt erhalten die UNICE-Mitglieder bereits in einem frühen Stadium wertvolle Informationen zu künftigen Legislativverfahren auf EU-Ebene.



Florent Roduit,
Delegierter in Brüssel

«Business says Yes to European Constitution»

Obwohl in den Ländern, in denen ein Referendum ansteht, hitzige Diskussionen über die Ratifizierung der Europäischen Verfassung geführt werden, muss man gut die Ohren spitzen, um die im Flüsterton ausgesprochenen Empfehlungen der Wirtschaftskreise herauszuhören. Das mag zwar erstaunen, aber die scheinbare Zurückhaltung hat gute Gründe.

Besonders in Frankreich und in den Niederlanden befürchten die Wirtschaftsorganisationen, dass ein deutliches Engagement in der Kampagne von den Gegnern der Verfassung als Abschreckungsmittel instrumentalisiert wird und letztlich die Erfolgchancen des Vertragswerks schmälern könnte. In Tat und Wahrheit stellt sich die Wirtschaft klar hinter das Projekt.

UNICE betont in der Würdigung des Vertrags, dass die Verfassung das Funktionieren der erweiterten EU dank der Anpassung der Entscheidungsverfahren an die neue Verfassung verbessern und vor allen Dingen eine ausgewogene Grundlage für die künftige Ausgestaltung der Politik der EU bieten würde. Der Vertrag verankert unter anderen Grundsätzen den Auftrag, eine in hohem Mass wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Überdies steht ausser Zweifel, dass die Ablehnung der Verfassung das Engagement, den Weg zur Ankurbelung der europäischen Volkswirtschaft weiterzuverfolgen, spürbar und dauerhaft schwächen könnte. Zurzeit werden die Arbeiten der Kommission und des Parlaments in Brüssel durch die herrschende Unsicherheit gelähmt.

economiesuisse gratuliert Gregor Kündig

zur erfolgreichen Wahl zum Vizepräsidenten des «International Affairs Committee» der UNICE. Zusammen mit dem deutschen Präsidenten Bernd A. Stecher (Siemens) und der zweiten Vizepräsidentin, Catherine Minard (MEDEF Frankreich), hat Gregor Kündig die Leitung des wichtigen Gremiums am



26. April übernommen. Das Komitee ist gemessen an den ihm zugeteilten 19 Arbeitsgruppen eines der grössten Gremien der UNICE und wird von einem permanenten Sekretariat geführt. Gregor Kündig ist Mitglied der Geschäftsleitung von economiesuisse und zuständig für Aussenwirtschaft (WTO), Europa, Zoll und Technische Handelshemmnisse.



Vorne dank Equipen-Geist

DT Swiss hat das Feld längst abgehängt: Die Bieler Firma ist der weltweit führende Anbieter für hochwertige Fahrradkomponenten.



Geschäftsführer Marco Zingg.

Wenn US-Radprofi Lance Armstrong am 2. Juli zu seiner letzten Tour de France antritt, dann hat er nur eines im Sinn: den siebten

Toursieg in Folge. Entsprechend hoch sind die Anforderungen an das Material. Nicht schwerer als ein Kilogramm dürfen Vorder- und Hinterrad zusammen wiegen, so Armstrongs Order. Eine Herausforderung, der sich die Spezialisten von DT Swiss nur zu gerne gestellt haben – allein bei der Radnabe konnten sie 20 Gramm heraus-schinden. Das Stück ist aus Karbon gefertigt. Und zu 100 Prozent «Swiss Made».

In der Region verankert

Auf die Schweizer Fertigung verweist man bei DT Swiss mit Nachdruck: Denn das Bieler KMU ist nicht nur weltweit führend in Sachen hochwertige Fahrradkomponenten, sondern eben auch ein Schweizer Vorzei-geunternehmen. 1994 aus den Vereinigten Drahtwerken entstanden, konnte DT Swiss seine Mitarbeiterzahl inzwischen von 28 auf 150 steigern. Dank einer 2004 neu hinzugekommenen Fertigungsanlage in Biel dürften demnächst weitere 50 Arbeits-plätze geschaffen werden. Es ist

nicht zuletzt diese Verankerung in der Region, die DT Swiss 2003 den «Unternehmerpreis Espace Mittelland» eingetragen hat.

Jene Verankerung spürt man auch bei Marco Zingg, Verwaltungsratspräsident und Geschäftsführer von DT Swiss. Zingg ist von der Zukunft des Industriestandorts Schweiz überzeugt: «Die automatisierte Fertigung vor Ort ist absolut wettbewerbsfähig.» Hinzu komme die gute Praxisausbildung der Schweizer Arbeitskräfte. Zingg muss es wissen, unterhält DT Swiss doch auch Werke in den USA und Taiwan. Eine noch deutlichere Sprache sprechen die Zahlen: Im letzten Jahr hat das Unternehmen seinen Umsatz um 20 Prozent gesteigert, dieses Jahr sollen es noch einmal so viel werden. Ein Wachstum, das sich auf den ersten Blick mit dem konservativen Anspruch der Firma zu beissen scheint. Zuverlässigkeit und Präzision als Kassenschlager? Bei genau-erem Hinsehen fällt es einem dann wie Schuppen von den Augen: Das Speichensicherungs-



Rad-sport: Hohe Anforderungen an Räder und Dämpfer.

Produktion: Montage von Stoss-dämpfern.



system von DT Swiss erhöht die Lebensdauer eines Laufrades um das Zwanzigfache.

«Wir sind keine Biker»

Zuverlässigkeit und Präzision: Das passt zu den drei Gründungs-mitgliedern, zwei Kaufleuten und einem Ingenieur. «Keiner von uns ist ein Biker», gibt Zingg unumwunden zu. Vielleicht deshalb haben sie ihr Unternehmen nicht wie ein Hobby, sondern von Anfang an als Industrie-unternehmen betrieben. Direkt vom Radsport übernommen wurde hingegen der Equipen-Geist. So war es nur durch konsequente Einbindung von Kunden und Lieferanten möglich,

den Gründungskredit zusammenzubekommen. Zusammenarbeit ist seither das Kredo von DT Swiss geblieben, auch wenn man sich heute längst in der Profiszene bewegt: Kontakte zu den Kunden werden persönlich geknüpft, DT Swiss ist an jeder internationalen Radmesse und jedem grossen Rennen präsent. Die Nähe zum Radsport erlaubt den Bielern, bei den neusten Trends ganz vorne im Feld mit-zutun. Einer dieser Trends ist die Nachfrage nach Systemlösungen. Fahrradbauer suchen nicht mehr Einzelteile, sondern vorgefertigte Systeme für ihre Produkte: DT Swiss hat deshalb eigene Laufräder auf den Markt gebracht, komplett mit Felgen, Speichen, Nippeln (dem Verbindungsstück zwischen Speiche und Rad) und Nabe. Weiter im Sortiment sind Stossdämpfer und verschiedene Hilfsmittel für den Laufradbau. Alle Materialien müssen so leicht wie möglich sein. DT Swiss setzt deshalb vermehrt auf Karbon.

Potenzial im Osten

Entsprechend gefragt sind die neuesten Erzeugnisse aus den Bieler Fabrikhallen. Wichtigste Exportdestination ist heute Europa. Gut die Hälfte der DT Swiss-Produkte finden ihren Weg dorthin, das grösste Potenzial sieht Zingg in den neuen EU-Ländern Osteuropas und in Südostasien. «In den nächsten Jahren könnte die Nachfrage aus diesen Ländern ausreichen, um den Gesamtmarkt für unsere hochwertigen Fahrradkomponenten zu verdoppeln.»

Drei wirtschaftspolitische Wünsche

1 Bildungspolitik

Es sollte vermehrt auf die zukünftigen Bedürfnisse der Wirtschaft eingegangen werden. So lässt etwa die sprachliche Ausbildung von Schweizer Ingenieuren sehr zu wünschen übrig. Das passt schlecht zu einem Exportland wie der Schweiz.

2 Überregulierung

Dem Trend zu immer mehr Kontrolle gehört Einhalt geboten. Gerade KMU sind gegenüber

der Statistikflut völlig überfordert. Oft müssen sie deswegen eigens einen teuren Spezialisten einstellen.

3 Bilaterale

Die Schweiz muss sich im Rahmen der bilateralen Abkommen gegenüber Europa weiter öffnen. Firmen, die wie unsere grenzüberschreitenden Veredelungsverkehr für ihre Teile benötigen, leiden stark unter der gegenwärtigen Zollabwicklung.



www.dtswiss.com

Berufs- und MittelschülerInnen interessiert an Bilateralen

Auf Initiative von «Jugend und Wirtschaft» sprach Wirtschaftsminister Deiss im April in Zürich vor BerufsschülerInnen zu den bilateralen Abkommen Schweiz-EU.

Dem ehemaligen Hochschul-lehrer fiel es leicht, die wirtschaftliche Bedeutung der neuen Vertragsrunde für die Schweiz vor über 450 Schülerinnen und Schülern der Berufsschule Limmatplatz in Zürich darzulegen und die gut ausgehandelten Ergebnisse einfach auf den Punkt zu bringen.

Viel steht auf dem Spiel

Deiss zeigte auf, was bei einer allfälligen Ablehnung des Personenverkehrs-Abkommens durch das Volk für die Schweiz auf dem Spiel steht: Weil die einzelnen Abkommen der Bilateralen I untereinander verknüpft sind



Jugend und Wirtschaft: Berufsschüler im Gespräch mit Bundesrat Deiss.

(Guillotine-Klausel), wäre damit zu rechnen, dass die EU das gesamte Vertragswerk kündigt. Wir Schweizer würden damit zu «echten Insulanern», so Bundesrat Deiss. Während einer Stunde stand der Wirtschaftsminister den gut vorbereiteten Schülerinnen und Schülern Red und Antwort: Die Fragen berührten dabei nicht nur den freien Personenverkehr, Schengen/Dublin und die damit verbundenen Themen Bankge-

heimnis und Zinsbesteuerung, sondern auch Deiss' eigene Person.

Jugend sehr interessiert

Der Wirtschaftsminister sprach zum gleichen Thema in Brig und ein weiteres Mal in Zürich vor insgesamt 900 Gymnasias-tinnen und Gymnasiasten. Auch diese Veranstaltungen kamen durch «Jugend und Wirtschaft» zustande.

Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen; **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum; **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich, Tel. 044 / 421 35 35, Fax 044 / 421 34 34, E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch, Web: www.economiesuisse.ch; **Adressänderungen:** marianne.baer@economiesuisse.ch; **Erscheinungsweise:** monatlich; **Gestaltung:** Layout 88 GmbH, 8008 Zürich; **Druck:** Herbstdruck AG, 8032 Zürich

Dokumentation

- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2005»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Fr. 50.- + MwSt./Porto.
- «Universitäten in der Wissensgesellschaft. Fünf Spitzenuniversitäten im Vergleich und Lehren für die Schweiz.»**
Fr. 20.- + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz.»**
Erhältlich in Deutsch und Französisch. Fr. 40.- + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- Bilaterale Abkommen Schweiz – Europäische Union (EU) «dossierpolitik spezial».** Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und die neun Dossiers der Bilateralen II. Gratis.
- «Swiss Code of Best Practice»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- «newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- Portrait economiesuisse**
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- «ausgabenkonzept»**
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.- + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.-.
- Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.- + MwSt./Porto.
- «E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- «dossierpolitik», Pressedienst**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 044 / 421 34 34

Bestellung Adressänderung

Firma

Name

Vorname

Funktion

Firma

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail

Vernehmlassungen

31. Mai 2005

Entwurf zur Revision der Verordnung über das Register der Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Entwurf der Revision von Artikel 4 VB-GwG betreffend das Kreditgeschäft nach Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a GwG
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

5. Juni 2005

Ausführungserlasse zum teilrevidierten Fachhochschulgesetz
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

13. Juni 2005

Bericht der Expertenkommission «Um- und Durchsetzung der Steuerharmonisierung»
Kontakt: jan.perret-gentil@economiesuisse.ch

20. Juni 2005

Verordnung über das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

24. Juni 2005

Bundesgesetz über Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

30. Juni 2005

Änderung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit von Anwältinnen und Anwälten
Kontakt: urs.furrer@economiesuisse.ch

1. Juli 2005

Fonds für Agglomerationsverkehr und Nationalstrassen (Infrastruktur)
Kontakt: gregor.kuendig@economiesuisse.ch

6. Juli 2005

Anhörungsverfahren Übernahme des EG-Hygienerichts im Lebensmittelbereich und Neustrukturierung des Verordnungsrechts zum Lebensmittelgesetz
Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

15. Juli 2005

Pa. Iv. Änderung des Postorganisationsgesetzes. Bericht und Vorentwurf der KVF-NR
Kontakt: jan.perret-gentil@economiesuisse.ch

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse.ch anfordern.